

Er scheint höchstens einmal Freitag. Anzeigen: Die fünfgehaltene Zeitungs 40 Pf. Für die Ortsvereine 10 Pf. Im Abonnement nach Vereinbarung. Schluss der Redaktion: Dienstag Mittag.

# Die Stimme

Abonnement Vierteljährlich 1,- Mark bei jedem Postamt und in der Expedition. Eingetragen in der Post-Registrierungsstelle. Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

## Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 22

Berlin, den 29. Mai 1914

25. Jahrg.

Vertrieb: Amt Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an M. Schumacher, Greifswalder Straße 221/223, Selbstsendungen an W. Zelle, Greifswalder Straße 221/223, zu adressieren.

Vertrieb: Amt Königsplatz, 4720

**Inhaltsverzeichnis.** Pfingsten. — Die Arbeitsnachweisfrage. — Die Lage der großstädtischen Arbeiterbevölkerung. — Was ist vom steuerbaren Einkommen der Arbeiter abzugsfähig? — Sparkassen und Volksversicherung. — Zur Generalversammlung. — Rundschau: Das Streitpostenverbot gegnerisch. Terrorismus. Beitrag zur Karikatur der Malfeiter. Die Krankenkassen und die Abfindung der Ärzte. Recht unangenehme Dinge. Worte und Werke. Die Rentabilität der Banken. — Feuilleton: Der amerikanische Varnant und Herr Wallin. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Duisburg. Kaiserlautern. Stuttgart. — Lohnbewegung. — Briefkasten. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

### Pfingsten.

Nur wenige Tage noch trennen uns von dem herrlichen Festtage. Dann folgen die frühlichen Menschenkinder den vielstimmigen Lockungen der im Farbenprächtigen Gewande glänzenden Natur. Festtage des Hoffens und der Freude sind es, in deren feierlicher Ruhe und wohliger Behaglichkeit wir gern die Trübsal eines langen, schweren Winters von uns werfen, um in inniger Gemeinschaft mit Weib und Kind oder auch in Begleitung treuer Freunde draußen uns ganz dem Genuße stärkendem, Gemüt und Geist belebendem, Frühlingssodum hinzugeben. Und glücklich alle diejenigen, welchen ein glühendes Gesicht vergönnt hat, in voller Leblichkeit und geistiger Frische nach den Tagen mühevoller Arbeit der herzerquickenden Gaben, mit denen die Mutter Erde ihren Kindern den Lisch gedeckt, sich teilhaftig machen zu können. Aber auch denen, welche durch körperliche Leiden aus Haus, aus Welt gesehrt sind, möge die wonnige Zeit des Pfingstfestes die ersehnte Genesung bringen.

Ja, Festtag hat auch das Menschenkind nach des Winters eisigen Wehen, da will ein jedes in Gottes Natur zu neuem Leben erstehen. Freilich — ganz der ungemischten Freude zu genießen, ist uns verwehrt. Ein bitterer Wermutstropfen fällt hinein, wenn wir an das Heer der Arbeitslosen denken. Am Weihnachtstfest, dem sogenannten Fest der Freude und Wonne, war es uns noch möglich, durch eine Extrainteraktion unsere ausgesteuerten, arbeitslosen Kollegen zu erfreuen: jedes Ding hat einmal sein Ziel, und so ist es auch hiermit. Die Hoffnung, welche man auf die Frühjahrsarbeiten gesetzt hatte, haben sich nicht erfüllt. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich keineswegs vermindert. Dazu kommt, daß das Unternehmertum immer mehr rückt, und vor Vertragsverletzungen nicht zurückschreckt. Die Folgen davon sind eine Reihe von Abwehrkämpfen, die der Organisation eine Masse von Zeit und Geld kosten. Derartige Kämpfe müssen trotz der großen Opfer geführt werden, da ja sonst das ganze Vertragswesen wenig Wert hätte, zumal mit doch gestungen sind, in der günstigen Geschäftskonjunktur unter den bestehenden Abmachungen zu arbeiten; wollten wir mit denselben Waffen vorgehen, so wäre das ein Kampf ohne Ende, und dies sollte man auch von Seiten der Unternehmer in Betracht ziehen. In Breslau dauert der Abwehrkampf nun schon 14 Wochen, und das Ende ist nicht abzusehen, weil die Direktion nicht die geringsten Zugeständnisse machen will. Auch in Danzig haben unsere Kollegen auf der Werft die Arbeit niedergelegt, da es ihnen unmöglich war, unter den bestehenden, schlechten Verhältnissen weiter zu arbeiten. Gerade von den Werften, die Staatsaufträge haben, müßte man erwarten, daß sie ihren Arbeitern einen angemessenen Verdienst gewähren müßten; aber das Gegenteil ist meist der Fall. Des öfteren schon haben dort die Kollegen den Kampf aufgenommen, haben die schwersten Opfer gebracht, und wir wollen hoffen und wünschen, daß auch bei diesem Kampfe die Opfer nicht vergeblich gebracht werden. Wenn ihnen auch für dieses Jahr die Pfingstfreude genommen ist, so sind unsere Kollegen ja an derartige Entbehrungen gewöhnt und nehmen dieselbe auch freudig auf sich.

Für uns aber erwächst aus allem diesen die immer dringendere Mahnung, mehr wie bisher für den Ausbau unserer Reihen und der Klassen zu sorgen. Am Pfingstfest werden wir so recht daran erinnert. Geht es doch schon in der Schrift: „Geht hin in alle Welt und lehret alle Völker!“ So rufen auch wir allen unsern Gewerksvereinskollegen zu: Geht

hin in die Wohnungen unserer Arbeitskollegen, überzeugt sie von dem wahren Wert unserer Gewerksvereinsbewegung, klärt die Unorganisierten über das Unfinnige ihres Verhaltens auf. Lehret den Andersorganisierten den Bruderkampf und Bruderkampf befehligen, zeigt ihnen, welche Kraft und Stärke in einer gemeinsamen, einigen deutschen Arbeiterbewegung innewohnt. Lehret aber auch alle jene, die noch ungläubig und verdrossen beiseite stehen, ihr Unrecht einsehen, indem sie durch ihre Nichtbeteiligung an der Gewerksvereinsbewegung zum Bremskloß für ihr eigenes Vorwärts- und Aufwärtstreben werden.

Ihr, die ihr zu unserer Fahne gehört, also im gewissen Sinne die Apostel und Jünger unserer Lehre sein sollt, steht nicht zaghaft beiseite und scheut nicht die eventuell daraus entstehenden Unannehmlichkeiten. Der überzeugte Gewerksvereiner muß für seine Lehre der Versöhnung und des Ausgleichs auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung mit allen Mitteln einzutreten bereit sein. Dies tut er, wenn er den ernsthaften Versuch macht, in dem von uns angebotenen Sinne zu handeln, und immer darauf bedacht ist, neue Mitglieder dem Gewerksverein zuzuführen. Das Pfingstfest möge daher für uns alle eine neue Mahnung sein, nicht auszuruhen, sondern im Sinne des Spruchs der christlichen Legende zu wirken. Mit feurigen Zungen wollen wir die Gewerksvereinslehre hinausbringen in alle Städte und Dörfer, auf daß das Ziel einer großen, starken deutschen Arbeiterbewegung, die nicht durch politische und kirchliche Fäulnisse gestört wird, recht bald Wahrheit werden möge. Von diesem Gedanken muß auch die Generalversammlung getragen sein, die ja bekanntlich acht Tage nach dem Pfingstfest zusammentritt. Unsere Brudergewerksvereine der Maschinenbauer und der Schuhmacher und Lederarbeiter treten bereits am Pfingstfest zusammen.

Mögen auch hier die Beschlüsse von dem echten Pfingstgeist befeelt sein; in diesem Sinne rufen wir allen unsern Mitgliedern und Freunden zu:

Fröhliche Pfingsten!

### Die Arbeitsnachweisfrage.

IV.

Der Vorsitzende der „Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, Herr Dr. Freund, hat unter dem Titel: „Ein Deutsches Arbeitsnachweisgesetz“, Carl Heimann's Verlag, Berlin, Preis 80 Pf., eine Broschüre herausgegeben. Der Inhalt kann für die zukünftige Entwicklung der Arbeitsnachweise unter Umständen von großer Bedeutung sein. Die Auffassung, daß Voraussetzung jeder Arbeitslosenfürsorge die Organisation des Arbeitsnachweises sei, stellt der Verfasser als einen von allen Beteiligten anerkannten Grundsatz fest. Ein über das ganze Reich ausgebreitetes Netz gut organisierter und gut funktionierender Arbeitsnachweise ermöglichen den Austausch der überflüssigen — und leichte Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte.

Die Zahl der Arbeitslosen werde sich vermindern und eine Statistik über den Umfang der Arbeitslosen sei auf diese Weise erst möglich. Als Träger des Arbeitsnachweises sollen in der Regel die Gemeinden in Betracht kommen. Der Verfasser ist der Meinung, daß im Wege der Gesetzgebung vorgegangen werden muß, weil sonst der Zweck nicht erreicht wird. Auf dem Verbandstage der Deutschen Gewerksvereine 1913 wurde eine Resolution zur Arbeitsnachweisfrage angenommen, in welcher es heißt:

„Weiter fordert der Verbandstag die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises. Die Gemeinden von 10 000 und mehr Einwohnern sind zu verpflichten, öffentliche Arbeitsnachweise einzurichten; kleinere Gemeinden können zu diesem Zweck zusammengelegt werden.“

Diesen Standpunkt vertritt auch Herr Dr. Freund, jedoch will er nicht an die Zahl von 10 000 Einwohnern gebunden sein; es kommt nach seiner Ansicht mehr auf die Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse an. Wir können diese Auffassung verstehen, da es für uns auch nicht auf die schematische Lösung der Frage ankommt. Wenn die Leiter des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise darüber zu entscheiden haben, ob und wo ein öffentlicher Ar-

betsnachweis eingerichtet wird, dann kann man ohne jegliche Grenze auskommen; wenn aber die Gemeinden, die doch die Kosten tragen sollen, die Bedürfnisfrage prüfen und entscheiden, so liegen die Dinge wesentlich anders. In vielen Gemeindeverwaltungen ist so wenig sozialer Geist vorhanden, daß sie immer die Bedürfnisfrage verneinen werden; aus diesem Grunde legte der Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine die Zahl von 10 000 fest.

Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise beabsichtigt, seinen Namen zu ändern in „Verband der Arbeitsnachweisverbände“, so daß er in Zukunft lediglich eine Zusammenfassung von Verbänden und nicht einzelner Arbeitsnachweise darstellt. Solche Arbeitsnachweisverbände bestehen zur Zeit ca. 20. In Preußen umfassen sie in der Regel das Gebiet einer Provinz. Diese Verbände möchte der Verfasser zu öffentlichen Korporationen ausgestalten, der staatlichen Aufsicht unterstellen und auf sicherer finanzieller Grundlage gestellt wissen. Die Satzungen sollen gewissen Normativbestimmungen angepaßt sein. An der Spitze steht ein Reichsarbeitsamt. Der Verfasser macht, nach eingehender Besprechung der in Betracht kommenden Fragen folgende Vorschläge für eine gesetzliche Regelung:

1. Die öffentlichen Arbeitsnachweisverbände werden auf Grund ihrer Statuten, welche bestimmten Normativbestimmungen entsprechen müssen, als öffentliche Korporationen staatlich anerkannt; sie führen alsdann die Bezeichnung Landesarbeitsämter.

2. Die Landesarbeitsämter haben die Aufgabe: a) auf den Ausbau der öffentlichen Arbeitsnachweise in ihren Bezirken hinzuwirken; b) die Organisation der zwischenörtlichen Vermittlung in ihren Bezirken zu betreiben und zu fördern;

c) Einrichtungen jeder Art ihres Bezirkes, welche sich mit der Arbeitsvermittlung befassen, zu überwachen.

3. Auf Antrag der Landesarbeitsämter kann die Staatsbehörde (höhere Verwaltungsbehörde) anordnen:

a) daß für bestimmte Teile des Bezirkes eines Landarbeitsamtes öffentliche Arbeitsnachweise eingerichtet werden;

b) daß vorhandene Arbeitsnachweise geschlossen werden;

c) daß öffentliche Arbeitsnachweise miteinander vereinigt werden.

4. Unternehmen für Arbeitsvermittlung jeder Art bedürfen der Genehmigung durch die staatliche Behörde (höhere Verwaltungsbehörde), unbeschadet der bestehenden Vorschriften für die gewerksmäßige Stellenvermittlung.

5. Die Kosten der öffentlichen Arbeitsnachweise fallen derjenigen Gemeinde bzw. denjenigen Gemeinden zur Last, für deren Bezirk der Arbeitsnachweis errichtet ist.

6. Die Kosten der Landesarbeitsämter fallen denjenigen weiteren kommunalen Verbänden bzw. Bundesstaaten zur Last, für deren Bezirk das Landesarbeitsamt errichtet ist.

Ist das Landesarbeitsamt für einen weiteren Kommunalverband errichtet, so leistet der Staat einen festen Zuschuß.

7. Die Landesarbeitsämter erlassen zur Regelung der zwischenörtlichen Vermittlung innerhalb ihres Bezirkes Vorschriften, welche der Genehmigung der staatlichen Behörde unterliegen.

8. Zur Regelung des zwischenörtlichen Verkehrs der Bundesstaaten untereinander erläßt das Reich Vorschriften.

9. Zwecks Erzielung eines Zusammenarbeitens der öffentlichen Arbeitsnachweise mit anderen Arbeitsnachweiseinrichtungen erläßt die staatliche Behörde Vorschriften.

10. Sämtliche Arbeitsnachweiseinrichtungen im Deutschen Reich einschließlich der gewerksmäßigen Stellenvermittler sind verpflichtet, dem Reich Uebersichten über die Arbeitsvermittlung einzureichen. Die Formulare für die Uebersichten sowie die zur Erzielung einer einheitlichen Statistik notwendigen allgemeinen Verwaltungsgrundsätze für die Arbeitsvermittlung werden vom Reich festgesetzt.

Der Verfasser hat ohne Zweifel hier die wunde Stellen berührt und möchte durch eine Radikalkur aus dem heutigen Wirrwarr heraus-

und verweisen nicht von reinen, örtlichen Verhältnissen träben lassen. Die Beitragsfrage wird ohne Zweifel eine Hauptrolle spielen. Aus den Anträgen geht die allgemeine Richtung dahin, vor einer Beitragssteigerung Abstand zu nehmen, während sich der Gedanke Bahn, eine höhere Beitragsstufe mit dementsprechend höheren Leistungen einzuführen.

Unseres Erachtens soll man diesem Gedanken nicht hemmend entgegen treten, sondern ihn zu fördern

Herrn Dr. Freund an der Spitze, gebildet, dem Vertreter der verschiedensten nationalen Berufsvereinigungen und Angestelltenverbände, so auch unser Freund Erkelenz, angehört. Auch die Soziale Kommission der Berliner Ortsvereine hatte sich in hervorragender Weise an den Vorarbeiten beteiligt.

Die englischen Besucher, die diesmal nicht in Hotels, sondern in Familienkreisen untergebracht waren, um gleichzeitig deutsches Familienleben kennen zu lernen, waren Angehörige der British

lament, wagen sie sich schon etwas weiter vor. In der preussischen ersten Kammer, im Herrenhause, aber da lassen sie die Bügel schieben und machen aus ihrem Verzen keine Würdegrube. In der vergangenen Woche trat der „edle“ Herr von Puttkammer ganz besonders hervor. Eine mächtige Attacke ritt er gegen die Linke des Reichstags und verschonte auch die Nationalliberalen nicht. Als „wahrhaft christlicher“ Mann verdammt er die Juden in Grund und Boden, denen er die ganze

Wer mit einiger Sachkenntnis und ohne Voreingenommenheit die Vorschläge prüft, wird zugeben müssen, daß nur auf diese Weise eine Lösung der Arbeitsnachweisfrage möglich ist.

Die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitssachverständiger. Als Referent fungiert „Adam Neumann-Berlin“ vom Deutschen Holzarbeiterverband.

Die Lage der großstädtischen Arbeiterbevölkerung.

Die Arbeitsmarktkrise hat diesmal die Großstädte viel schwerer heimgesucht als die mittleren und kleineren Orte. Diese auffallende Erscheinung erklärt sich aus der zunehmenden Konzentration ungeheurer Arbeitermassen in den Großstädten.

Table with 4 columns: City, 1911, 1914, and average. Cities include Berlin, Königsberg, Kiel, Breslau, Magdeburg, Dortmund, Frankfurt a.M., Köln, Düsseldorf.

Eine geringe Verminderung des Andranges ist am Arbeitsmarkte seit dem Jahre 1911 in Berlin, Königsberg und Köln eingetreten.

weisen. Geradezu abnorm ist die Ueberlastung des Arbeitsmarktes in Kiel, die ihre tiefere Ursache in einer jahrelangen lokalen Bau- und Geschäftskrise hat.

Table with 4 columns: City, 1911, 1914, and average. Cities include München, Nürnberg, Chemnitz, Dresden, Leipzig.

In diesen Plätzen ist ganz allgemein eine erhebliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und eine bedeutende Erhöhung der Kosten des Nahrungsmittelverbrauches eingetreten.

Was ist vom steuerbaren Einkommen der Arbeiter abzugsfähig?

In Preußen sind alle Staatsangehörigen, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, steuerpflichtig. Die bestehenden Ausnahmen haben für die Arbeiter keinen Wert.

Abzugsfähig vom Einkommen sind die sogenannten Werbungskosten. Was Werbungskosten im Sinne des Steuergesetzes sind, ist eine strittige Frage.

- 1. Ein gewisser Betrag für Arbeitskleidung,
2. Fahrkosten zur und von der Arbeitsstelle,
3. Auslagen für Arbeitsmaterialien und Gerätschaften,
4. Heizung, Beleuchtung und Miete des Arbeitsraumes bei Heimarbeitern.

Zu 1: Nach einer „Ministerialanweisung“ (Heft 52 der Mitteilungen) ist nur der Betrag für Arbeits-

kleidung abzugsfähig, der über das gewöhnliche Bedürfnis hinausgeht, also bei Arbeiter, die besonders schmutzig sind, oder einen besonders schnellen Verbrauch der Arbeitskleidung bedingen.

Zu 2: Was für Fahrkosten abzugsfähig ist, darüber sind von einzelnen Steuerermäßigungskommissionen schon die unfruchtlichsten Entscheidungen gefällt worden.

Es müssen alle Ausgaben, die einem Steuerpflichtigen dadurch erwachsen, daß er eine außerhalb des Wohnorts gelegene Arbeitsstätte aufsucht, als abzugsfähig angesehen werden.

Auf diese Gesetzesauslegung müssen unsere Kollegen bei etwaigen Reklamationen hinweisen. Wer sein Fahrrad benutzt, kann die laufenden Reparaturen (hier ist es notwendig, die Quittungen hierüber aufzuheben) und etwa 20 Prozent des Fahrradwertes als Amortisation in Abzug bringen.

Zu 5: Hier ist es gleichgültig, ob es sich um eingetragene oder andere Schulden handelt. Zu 7: Es muß versucht werden, auch die Gewerkebeiträge in Abzug zu bringen.

Zu 8: Auch hier darf der Betrag 600 M. nicht übersteigen. Zu 9: Derselbe Höchstbetrag ist auch hier vorgeschrieben.

Sonstige besondere Erleichterungen: Darüber bestimmt das Einkommensteuergesetz: „Bei der Veranlagung ist es gestattet, besondere, die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen beeinträchtigende, wirtschaftliche Verhältnisse in der Art zu berücksichtigen, daß bei einem steuerpflichtigen Einkommen von nicht mehr als 9500 M. eine Ermäßigung der Steuerlast um höchstens drei Stufen gewährt wird.“

Es liegt durchaus nicht im freien Willen der Einkommenskommissionen, hier willkürlich zu verfahren, diese sind vielmehr zur Prüfung der vorliegenden Verhältnisse, laut Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes, verpflichtet.

Als Verhältnisse vorgedachter Art kommen nur in Betracht: 1. außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, 2. Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, 3. andauernde Krankheit, Verschuldung und besondere Unglücksfälle.

Das wären in Kürze die hauptsächlichsten Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes, soweit es die Kollegen wissen müssen, um ihre bescheidenen Rechte geltend machen zu können.

Der amerikanische Bananentrust und Herr Ballin.

In aller Stille und ohne daß die Öffentlichkeit davon etwas zu merken bekam, hat der allmächtige Herrscher der Hamburg-Amerika-Linie und der deutschen Großschifffahrt den mächtig anwachsenden Bananenkonsum Deutschlands, ja ganz Mitteleuropas dem amerikanischen Bananentrust ausgeliefert.

Vor kurzem fand in Hamburg eine außerordentliche Generalversammlung der Hamburg-Columbien-Bananen-Akt.-Ges. statt, deren Tagesordnung sich in der Genehmigung des Rücktritts des Herrn Ballin und anderer der Sapag nahestehenden Aufsichtsratsmitglieder und in Neuwahlen erschöpfte.

Der deutsche Bananenimport hat in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen. Früher waren die kanarischen Inseln die Hauptlieferanten. Aber seit 1907 begann Westindien eine immer beträchtlichere Rolle zu spielen.

von der United Fruit Co. beherrscht, einer Holding Company, welche die Aktien einer Reihe von Kulturgesellschaften, Transport- und Handelsunternehmungen besitzt. Für diese Trustunternehmungen besorgte die Hamburg-Amerika-Linie durch ein Jahrzehnt die Beförderung von Bananen aus Westindien nach New-York in großen Maßstäben.

Der amerikanische Trust, die United Fruit Co., ging alsbald mit Gegenmaßnahmen vor. Ihre europäische Repräsentanz, die Firma Elders & Fyffes Ltd. in London, ließ in Hamburg eine eigene Gesellschaft, die Elders & Fyffes Fruit Company m. d. H. mit einem nominellen Kapital von 500 000 M. eintragen und kündigte an, daß sie für das deutsche Geschäft vorläufig drei Dampfer baue, die je 70 000 Bananenbündel fassen, 15 Knoten machen und einen regelmäßigen vierzehntägigen Dienst ermöglichen sollten.

Zu Februar 1912 schrieb die Halbmonats-Zeitschrift „Süd- und Mittelamerika“:

„Bekanntlich hat der Bananentrust, die United Fruit Comp., das Geschäft in Händen, und Deutschland ist genötigt, von dieser Gesellschaft über England zu kaufen. Neben ihr bearbeitet eine deutsche Gesellschaft, die Hamburg-Columbien-Bananen-Akt.-Ges. große Terrains im Nordwesten Columbiens am Uraba Golf. Hier ist man nun rüstig mit den Pflanzungen fortgeschritten und schon in einigen Wochen wird der erste von der Hamburg-Amerika Linie gestellte Dampfer mit Bananen erwartet.“

(Schluß folgt.)

Advertisement for 'Scheinfurche' (Scheinfurche) with contact information for H. H. H. H. H.

Advertisement for 'Die Bezirksleitung' (Die Bezirksleitung) with contact information for J. A. Barnholt.

Advertisement for 'Kochen (Ordnungsband)' (Kochen (Ordnungsband)) with contact information for H. H. H. H. H.

Advertisement for 'Thorn' (Thorn) with contact information for H. H. H. H. H.

Advertisement for 'Gutten' (Gutten) with contact information for H. H. H. H. H.

### Spartakisten und Volksversicherung.

Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung hat sich am 23. April 1914 zu der Frage einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Spartakisten und Volksversicherung geäußert und nach eingehender Aussprache mit klarer Mehrheit einen Antrag angenommen, der sich mit Entschiedenheit dagegen ausspricht, daß die Dienste der städtischen Spartakistenbeamten einseitig von der zum „Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland“ gehörigen Schlesiſchen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt in Anspruch genommen würden. Diese Anstalt veröffentlichte daraufhin in der „Schlesiſchen Zeitung“ vom 26. April 1914 eine Erklärung, wonach ihr bei den Verhandlungen mit dem Breslauer Magistrat von Anfang an die Forderung ferngelegen habe, daß der Magistrat sich ausschließlich mit ihr in eine Arbeitsgemeinschaft einlasse. Dies würde den gemeinnützigen, nicht auf Erwerb ausgehenden Bestrebungen der Anstalt nicht entsprechen. Die Anstalt habe nur das eine Interesse, ihre Versicherten zum Sparen anzuregen, weil Versicherung und Spartakasse einander sehr verwandte Einrichtungen seien, die sich gegenseitig ergänzen.

Mit dieser Erklärung stellt sich die Schlesiſche Provinzial-Lebensversicherungsanstalt auf denselben Standpunkt, den die „Deutsche Volksversicherung“ von jeher eingenommen hat. Auch diese hat, wie bekannt, den Spartakisten das Angebot einer Arbeitsgemeinschaft gemacht; aber sie hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Recht der Ausschließlichkeit für sich dabei nicht in Anspruch zu nehmen gedenke. Die Auslassung der Schlesiſchen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt werden bei den Vorständen der Spartakisten und in den Spartakistenverbänden sicher nicht ohne Eindruck bleiben und den immer lebhafter werdenden Widerspruch gegen eine einseitige Stellungnahme zugunsten der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten ohne Frage wesentlich stärken. Unter den maßgeblichen Persönlichkeiten des deutschen Spartakistentums beginnt sich die Erkenntnis Bahn zu brechen, daß es nicht Sache der Spartakisten sein kann, in dem gegenwärtigen Kampf um die Volksversicherung zugunsten der einen oder der anderen Betriebsform Stellung zu nehmen. Der Geschäftsführer des Deutschen Spartakistenverbandes war schlecht beraten, als er sich die Anschauungen des Vorstehenden des „Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland“, der für seine Anstalten hinsichtlich einer Arbeitsgemeinschaft mit den Spartakisten das Recht der Ausschließlichkeit fordert, zu eigen machte und in der „Spartakasse“, dem offiziellen Organ des Deutschen Spartakistenverbandes, den Kampf gegen die „Deutsche Volksversicherung“ eröffnete. Der „Deutschen Volksversicherung“ liegt es gänzlich fern, sich in die Interessengebiete anderer einzubringen; wohl aber hat sie sich von der Ueberzeugung leiten lassen, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Spartakisten und Volksversicherung geeignet ist, die beiderseitigen Bestrebungen auf eine wirtschaftliche Festigung vor allem der minderbemittelten Kreise zu fördern und zu beleben, und es daher für ihre Pflicht gehalten, alles zu tun, um diesen Gedanken zur Durchführung zu verhelfen. Im Interesse der Sache wäre es ausdrücklich zu begrüßen, wenn ihre Vorschläge an recht vielen Stellen auf fruchtbaren Boden fallen sollten.

### Zur Generalversammlung.

Auch ich möchte mich noch kurz vor Abschluß mit einigen Worten zur Generalversammlung äußern. Zunächst hätte ich gewünscht, daß man bei gewissen Sachen mehr an die Öffentlichkeit tritt, als wie bisher. In größeren Städten mag man wohl über manche wichtige Dinge orientiert sein, aber in kleineren merkt man nichts davon. Ich erinnere nur an die Reichsversicherung, den Arbeitwilligenschuß und dergleichen mehr. Redner sind vom Hauptvorstand zu stellen. Die Beiträge sind so zu belassen wie sie sind. Wir Kleinstädter sind nicht in der Lage, höhere Beiträge zu leisten, zumal bei der schlechten Geschäftslage. Sind Kollegen in der glücklichen Lage, höhere Beiträge zu leisten, soll man sie stufenweise einrichten. Wundert man sich, wenn von einigen Ortsvereinen und Hauptvorstand Antidote gestellt werden, welche auf eine Verschlechterung unserer Krankenleistungen hinarbeiten. Ich meine, die Krankengeldzahlung vom dritten Tage ab. Wir wollen unsere Leistungen verbessern, aber mindestens so lassen, wie sie sind, und nicht verschlechtern. Das mögen sich die gewählten Vertreter merken. Auch ist das Alter hinaufzusetzen, vielleicht auf 58 bis 60 Jahre. Denn tatsächlich hat man Erfahrungen gemacht bei älteren Mitgliedern, welche dahin gingen, daß sie ihren Austritt erklärten und zu einem andern Verband übergingen, weil sie bei uns keinen Krankenschuß erhalten konnten. Mögen die gewählten Vertreter sich von keiner Seite beeinflussen lassen und mit allem Ernst und Energie und mit dem einzigen Voratz, nur das Gute und Beste gewollt zu haben, arbeiten, damit man am letzten Ende doch sagen kann: Wir haben uns in der Wahl der Vertreter nicht getrrt.

Eduard Wetter - Großenhain i. S.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungszusammenfassung ist der 22. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig

### Mundschau.

**Das Streikpostenverbot gesetzwidrig!** In der Reichstagsitzung vom 19. Mai teilte der national-liberale Abgeordnete, Kammergerichtsrat Schiffer, mit, daß das Kammergericht am 18. Mai die Polizeiverordnung über das Streikpostenverbot in ihrem entscheidenden Teile für ungültig erklärt habe.

**Terrorismus.** Kürzlich hielt der Gewerkschaftsverein der Frauen (F.-D.) in Berlin im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften seine 5. Generalversammlung ab. Bei der Diskussion über den Geschäfts- und Rassenbericht kam zum Ausdruck, daß ihm nicht nur von den freien Gewerkschaften das Leben sauer gemacht wird, sondern daß auch die christlichen Brüder Terrorismus betreiben. So hat das Korpskommando in Danzig dem dortigen Verein der christlichen Heimarbeiterrinnen gewisse Arbeiten übertragen. Diese Arbeiten werden nun nur an Mitglieder des christlichen Vereins weitergegeben; die Mitglieder unseres Ortsvereins der Frauen und Mädchen seien ausgeschlossen. Wer Arbeit haben wolle, müsse erst keine Bestimmung revidieren. — Wir wundern uns darüber nicht. Hätten die Christlichen die Mitgliederzahl der Freien, wären sie unerbittlicher als diese. Was sagt dazu aber das Generalkommando? Dem sollte man die Angelegenheit einmal unterbreiten. Schafft es dann keine Abhilfe, so ist weitere Klarheit über die Frage, wer alle für die christlichen Gewerkschaften agitiert, geschaffen.

**Beitrag zur Karrikatur der Mafseier.** Die sozialdemokratischen Gewerkschaften halten ab 22. Juni ihren neunten Gewerkschaftskongress in München ab. Die diesbezüglichen Anträge der einzelnen Gewerkschaften sind in Nr. 20 des Correspondenzblattes enthalten.

Unter anderem hat nun die Ortsgruppe Wolfenbüttel des Deutschen Metallarbeiterverbandes folgenden Antrag zur Mafseier gestellt: Der Gewerkschaftskongress in München möge die Mafseier so festlegen, daß es auch den Arbeitern möglich ist, den 1. Mai zu feiern, andernfalls auch die angestellten Beamten zu arbeiten haben.

Der armer „Weltensfeiertag“ des Proletariats, wie wirft du mißhandelt. Die Genossen in Wolfenbüttel hätten gleich ganze Arbeit machen und beantragen sollen, daß der 1. Mai immer auf einen Sonntag fällt, dann hätte es diesen Zielbewußten auch nicht an der nötigen Courage gefehlt, den „Weltensfeiertag“ „festlich“ zu begehen. Im Reichstagsbezug wegen des 1. Mai ausfallen zu lassen und den Genossen im Lande fehlt zum „Feiern“ der Mut. Die Gewerkschaftsbeamten sollen nun auch am 1. Mai — arbeiten. O Fronte des Schicksals. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Ortsgruppe Wolfenbüttel 651 wachstüchtige Genossen zählt.

Den Weg alles Irdischen, den das eiserne Lohn-gesetz gegangen ist, wird in kurzer Zeit auch die Mafseier wandern. So geht es, wenn man Phantomen nachjagt.

**Die Krankenkassen und die Abfindung der Ärzte.** Die „Deutsche Parlamentarische Korrespondenz“ berichtet: In dem Einigungsabkommen zwischen Krankenkassen und Ärzten behufs Durchführung der ärztlichen Versorgung auf Grund der Krankenversicherungsspflicht ist auch ein Zuschlag von 5 Pf. für jeden Versicherten zwecks Abfindung der infolge der entstandenen Streitigkeiten von auswärtig herangezogenen Ärzten zu entrichten. Ueber die Leistungen der Krankenkassen bestehen an verschiedenen Stellen noch Zweifel. Der Staatssekretär des Innern hat auf Antrag folgenden Bescheid erteilt:

„Im Interesse der Aufrechterhaltung des Berliner Abkommens vom 23. Dezember 1913 ist es dringlich erwünscht, daß alle Krankenkassen ohne Ausnahme, auch die, die keinem der großen Verbände angehören, den Zinspfennigbeitrag auf den Kopf des Versicherten bewilligen. Denn alle Kassen werden naturgemäß nach verhältnismäßig kurzer Zeit, auch wenn sie jetzt zu einer Einigung mit den Ärzten gelangt sind, wieder in die Lage kommen, neue Ärzte zu brauchen, deren Gewinnung bei Durchführung des Berliner Abkommens wesentlich erleichtert wird. Ich habe deshalb den Bundesregierungen anheimgestellt, durch die Versicherungsämter darauf hinzuwirken, daß die Kassen überall den Zuschlag bewilligen. Dieser bildet einen wesentlichen Bestandteil des Berliner Abkommens, und Kassen und Ärzte, die auf der Grundlage dieses Abkommens miteinander verhandeln, können deshalb den Zuschlag nicht ablehnen. Für wieviel Jahre dieser Zuschlag zu zahlen ist, läßt sich noch nicht angeben, da die Höhe der Abfindungskosten, für deren Deckung der Zuschlag bestimmt ist, noch nicht feststeht.“

**Recht unangenehme Dinge** wußte vor einiger Zeit der „Deutsche Kurier“ zu melden; er behauptete nämlich, die sogenannten gelben Organisationen würden von der Regierung aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Eine vom Vorsitzenden des Förderer-ausschusses des wirtschaftsfriedlichen Verbandes, dem Generalmajor von Loebell kurz darauf abgegebene

Erklärung wies jene Behauptung als „nach jeder Richtung unzutreffend“ zurück. Jetzt kommt aber der „Deutsche Kurier“ ein nationalliberales Blatt, auf die Angelegenheit nochmals sehr ausführlich zu sprechen und weist wieder die Loebell'sche Verächtigung unter Anführung von Tatsachen als unzutreffend zurück. Der „Kurier“ schreibt:

„Die Verächtigung ist leider unzutreffend. Die preußische Staatsregierung überhaupt hat zu unserer Zufriedenheit geschwiegen. Die geheimen Konferenzen, auf die in unserer Zufriedenheit Bezug genommen war, fanden — daran kann auch die Behauptung des Herrn v. Loebell nichts ändern — im November 1912 und im November 1913 im Abgeordnetenhaus statt. Die Verhandlungen dieser Konferenzen werden so geheim gehalten, daß sie, trotzdem sie als Druckstücke erschienen sind, der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden. Nicht einmal in den Büchereien der Parlamente sind sie zu haben. Die Konferenzen tragen einen durchaus die Landesorganisationen (auch die christlich-nationalen Gewerkschaften) ablehnenden Charakter. Nur die „Wirtschaftsfriedlichen“, die sich durch einen ihrer Förderer an der Beratung beteiligten, wurden bedingungslos empfohlen.“

Tatsache ist ferner, daß wiederholt und nachdrücklich Staatsbeihilfen gefordert wurden. Es ist nach unserer Kenntnis der Dinge eigentlich unmöglich, zu bestreiten, daß die sogenannte gelbe Bewegung aus öffentlichen Mitteln gefördert wird. Natürlich erfolgt diese Förderung auf indirektem Wege in verschiedenster Form. So z. B. erhält der Hauptausschuß der „Wirtschaftsfriedlichen“ jährlich 15 000 M. aus Mitteln der öffentlich-rechtlichen Versicherung, über deren Zusammenhang mit staatlichen Organisationen hier wohl Näheres nicht ausgeführt zu werden braucht. Das ist eine recht beträchtliche Summe, wenn man in Betracht zieht, daß der gesamte Etat des Hauptausschusses nur etwa 20 000 M. beträgt. 5000 M. zählt der Förderer-ausschuß.

Der „gelbe“ Bund der Militärhandwerker (Spandau) erhielt unter dem Titel „Zuschuß zu Fortbildungskursen“ Mittel von der Heeresverwaltung. Dieser Zuschuß war bereits im Reichstagsgegenstand der Kritik. In den nationalen Militärarbeiterkreisen wird es neuerdings sehr bemerkt, daß dieser Bund, der sich der besonderen Protektion der Heeresverwaltung erfreut, Ausgaben für die Unterstüßungen und Agitationskretzen macht, die in keinem rechten Verhältnis zu seinen Beiträgen stehen. Der Titel „Wohlfahrtspflege“ im Heeresetat 1914 ist im Voranschlag um 9800 M. erhöht. Ueber diese Erhöhung wird im Reichstags noch näher zu reden sein.

Der auf gelbem Boden stehende Leipziger „Stall-schweizerbund“ bezieht für seine Stellenvermittlungszwecke in Sachsen und Preußen Subventionen aus öffentlichen Mitteln, besonders auch von verschiedenen Landwirtschaftskammern. Der preußische Etat stellt für Rechtsauskunftswesen, Arbeitsvermittlung usw. mehrere Millionen Mark vor. . . . Die Mittel für den in dem Schreiben des Salzweidener Landrats erwähnten „Arbeitersekretär“, der die „gelbe“ Bewegung zu fördern hat, dürften zum wesentlichen Teile aus dem Fonds für gemeinnützige Rechtsauskunft fließen.“

Das sind recht erbauliche Dinge, die hier berichtet werden. Vielleicht nehmen wir später Gelegenheit, darauf zurückzukommen.

**Worte und Werke.** Ein hübsches Beispiel dafür, wie die Reden in ihrem eigenen Betriebe alle ihre schönen Grundsätze verleugnen, teilt die „Frankf. Ztg.“ mit:

„In der Zwangssinnung für das Schreinerhandwerk des Solinger Bezirkes wurde Klage geführt über die sozialdemokratische Konsumgenossenschaft „Solidarität“, die für 30 000 M. Schreinerarbeiten nach auswärts vergeben hat. An der Spitze dieser Genossenschaft ständen sozialdemokratische Stadtverordnete, die einerseits im Stadtrate Maßnahmen zugunsten der Arbeitslosen forderten und andererseits Arbeiten, die von den Arbeitslosen ausgeführt werden könnten, nach auswärts vergeben. Zur Entschuldigung dieses Verhaltens wurde geltend gemacht, daß die Produktivgenossenschaft freierorganisierter Schreinergehilfen, die die Arbeit übernahm, im letzten halben Jahre einen Zuschuß von 32 000 M. erfordert habe und jetzt schon wieder einen Zuschuß von 50 000 M. verlange. Mit Interesse nahm die Versammlung Kenntnis von der Mitteilung, daß die Produktivgenossenschaft das Lohnsummenystem als unrentabel wieder abgelehnt und dafür das Tarifsystem, das in Privatbetrieben betampt werde, wieder eingeführt habe.“

Es ist immerhin interessant, hier wieder einmal festnageln zu können, wie gerade in den unter sozialdemokratischer Leitung stehenden wirtschaftlichen Einrichtungen der vielgeschmähte „Profithunger“ ausschlaggebend ist. Aus dem Stadtsädel werden Unterstüßungen für die Arbeitslosen gefordert und gleichzeitig aus „Profithunger“ die Arbeitslosigkeit dadurch vergrößert, daß Arbeiten nach auswärts vergeben werden. Aus „Profithunger“ wird vom dem Lohnsummenystem zu dem Akkordsystem übergegangen, und doch soll ja nach sozialdemokratischer Auffassung die Akkordarbeit Mordarbeit sein. Wo bleibt da die Logik? Kann man sich einen höheren Grad von Heuchelei überhaupt nicht vorstellen?

und vermeiden auch von demjenigen, ortschen Verhältnissen trüben lassen. Die Beitragsfrage wird ohne Zweifel eine Hauptrolle spielen. Aus den Beiträgen geht die allgemeine Rechnung dahin, von einer Beitragssteigerung Abstand zu nehmen, zwischen durch bricht sich der Gedanke Bahn, eine höhere Beitragsstufe mit dementsprechend höheren Leistungen einzuführen.

Unseres Erachtens soll man diesem Gedanken nicht hemmend entgegen treten, sondern ihn zu fördern

Herrn Dr. Deuburg an der Spitze, gebildet, dem Vertreter der verschiedensten nationalen Berufsvereinigungen und Angestelltenverbände, so auch unser Freund Erkelenz, angehört. Auch die Soziale Kommission der Berliner Ortsvereine hatte sich in hervorragender Weise an den Vorarbeiten beteiligt.

Die englischen Besucher, die diesmal nicht in Hotels, sondern in Familienkreisen untergebracht waren, um gleichzeitig deutsches Familienleben kennen zu lernen, waren Angehörige der British

lament, wagen sie sich schon etwas weiter vor. In der preußischen ersten Kammer, im Herrenhause, aber da lassen sie die Zügel schießen und machen aus ihrem Berge keine Wüdergrube. In der vergangenen Woche trat der „edle“ Herr von Buttammer ganz besonders hervor. Eine mächtige Attacke ritt er gegen die Linke des Reichstags und verschonte auch die Nationalliberalen nicht. Als „wahrhaft christlicher“ Mann verdammte er die Juden in Grund und Boden, denen er die ganze

